

TAGUNG

Energiesicherheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerb – Städte als Mitgestalter der europäischen Energiepolitik

Jörg Kemmerzell und Anne Tews*

Europäische Energiepolitik bewegt sich in einem normativen Dreieck zwischen *Nachhaltigkeit* beziehungsweise Klimaschutz, *Wettbewerbsfähigkeit* der energieerzeugenden und -verteilenden Unternehmen sowie *Energiesicherheit*. 2007 beschloss der Europäische Rat weitreichende Ziele zur Dekarbonisierung der europäischen Energieversorgung. Aktuelle Zielsetzungen der Europäischen Union bis 2030 sind ein Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien auf 27 Prozent, eine Senkung des Energieverbrauchs durch Verbesserung der Energieeffizienz um 27 Prozent und eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent gegenüber dem Bezugsjahr 1990. Für die letzten Jahre kann als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der angespannten Beziehungen zu Russland wieder eine stärkere Betonung der Versorgungssicherheit konstatiert werden.

Für die Umsetzung der komplexen energiepolitischen Ziele ist die Europäische Kommission auf nationale, regionale und lokale Akteure angewiesen. Besonders Städte bieten ein großes Innovationspotenzial und können eine Vorbildrolle bezüglich Maßnahmen zur Minderung des Stromverbrauchs, Erhöhung der Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energieträger einnehmen. Die Europäische Union versucht, Städte aktiv in ihre energiepolitischen Strategien einzubinden. Die Initiierung des Konvents der Bürgermeister 2008

Städte und EU-Energiepolitik im 21. Jahrhundert. Zwischen Energiesicherheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerb

Arbeitskreis Europäische Integration e.V., Berlin; Prof. Dr. Michèle Knodt, Technische Universität Darmstadt; und Prof. Dr. Arthur Benz, Technische Universität Darmstadt

Mit freundlicher Unterstützung der Schader-Stiftung Darmstadt. Kofinanziert durch die Europäische Union.

3./4. September 2015, Darmstadt

Begrüßung

Alexander GEMEINHARDT, M.A., Schader-Stiftung, Darmstadt
Prof. Dr. Michèle KNODT, Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft, Darmstadt

Keynote: Green City Darmstadt

Jochen PARTSCH, Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt Darmstadt

EU-Energiepolitik zwischen Nachhaltigkeit, Energiesicherheit und Wettbewerb

Moderation: Prof. Dr. Michèle KNODT, Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft, Darmstadt

Die Energiepolitik der Europäischen Union

Prof. Dr. Michèle KNODT, Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft, Darmstadt

* Dr. Jörg Kemmerzell, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Darmstadt.
Anne Tews, Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin, Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Darmstadt.

im Rahmen des integrierten Energie- und Klimapakets ist ein Beispiel. Anlässlich seiner Gründung erklärte der damalige Energiekommissar Andris Piebalgs, dass „Städte die Führungsrolle bei der Umsetzung von Maßnahmen für eine nachhaltige Energienutzung übernehmen und in ihren Anstrengungen unterstützt werden“¹ müssen. Gleichzeitig kommt Städten auch eine wichtige Rolle bei der Diversifizierung von Energiequellen und der Verringerung der Abhängigkeit von Energieimporten zu. Die Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung verweist hier ebenfalls auf die Rolle von Kommunen.²

Die Konferenz widmete sich der Frage, wie Städte zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit beitragen können und wie städtische Akteure die Ziele der EU-Energiepolitik wahrnehmen.

Jochen Partsch betonte in seiner Eröffnungsansprache die Überzeugung beziehungsweise Verpflichtung der Stadt Darmstadt, angesichts drohender Ressourcenkonflikte ein Vorbild zu sein und eine nachhaltige und klimaschonende Politik zu betreiben. Gleichzeitig verwies er auf Probleme, vor denen ambitionierte Kommunen stehen. Kommunen seien mit komplexen und zum Teil konkurrierenden Anforderungen konfrontiert. Besonders dringliche energiepolitische Herausforderungen seien aktuell die soziale Verträglichkeit energetischer Sanierungsprojekte und die stärkere Einbeziehung des Verkehrssektors in Maßnahmen zur Einsparung von CO₂-Emissionen.

Koordination, Vernetzung und Konflikt in der europäischen Energiepolitik

Michèle Knodt leitete das erste Panel mit einer Darstellung der Entwicklung der EU-

Die EU-Energiepolitik zwischen Nachhaltigkeit, Energiesicherheit und Wettbewerb

Prof. Dr. Martin JÄNICKE, Institute for Advanced Sustainability Studies e.V., Potsdam; Freie Universität Berlin

Der Beitrag von Städten zur europäischen Energiepolitik – das Beispiel Energieeffizienz

Prof. Dr. Marc RINGEL, Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen

EU-Energiepolitik zwischen Nachhaltigkeit, Energiesicherheit und Wettbewerb

Volker HOLTFRERICH, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V., Berlin

Energiepolitische Perspektive der Städte auf die EU

Moderation: Prof. Dr. Michèle KNOTT, Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft, Darmstadt

Lokale Energiepolitik im überlokalen Handlungsraum

Anne TEWS, M.A., Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft, Darmstadt

Städte und EU-Energiepolitik – Ziemlich beste Freunde?

Dr. Stefan THOMAS, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wuppertal

Der Konvent der Bürgermeister aus Perspektive der Unterzeichnerstädte: Akteursorientierungen und Zielkonflikte

Dipl.-Soz. Wiss. Lena BENDLIN, Freie Universität Berlin, Forschungszentrum für Umweltpolitik, Berlin

Elemente eines nachhaltigen Energieversorgungssystems – der regionale Ansatz in der Europäischen Metropolregion Nürnberg

Dr. Peter PLUSCHKE, Stadt Nürnberg, Umwelt- und Gesundheitsreferent, Nürnberg

- 1 Europäische Kommission: Nachhaltige Energie: Fortschrittlichste Städte weisen den Weg im Kampf gegen den Klimawandel: Europäische Kommission initiiert Konvent der BürgermeisterInnen, Pressemitteilung, 29.1.2008, IP/08/103.
- 2 Europäische Kommission: Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. COM(2014) 330 final, 28.5.2014.

Energiepolitik im Normdreieck zwischen Nachhaltigkeit, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit ein. Die EU-Energiepolitik sei geprägt durch Reaktionen auf Versorgungskrisen beziehungsweise nationale Interessenkonflikte. Trotz des Engagements der Europäischen Kommission für eine „Energieunion“ charakterisiere die Lagerbildung zwischen nord- und westeuropäischen Staaten einerseits sowie ost- und südeuropäischen Staaten andererseits die aktuelle Energiepolitik. Erstere legten den Fokus auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz, während letztere die Bedeutung von Versorgungssicherheit betonten. Knodt führte aus, dass diese Interessenkonflikte eine ambitionierte Energiepolitik ausbremsen. Eine mögliche Strategie zur Überwindung strittiger Punkte wäre eine verstärkte Einbeziehung von Städten. Dieses Potenzial werde von der Kommission jedoch kaum genutzt.

Martin Jänicke stellte heraus, dass die EU-Energiepolitik von klimapolitischen Überlegungen geprägt ist, jedoch auch eine dezidiert industriepolitische Ausrichtung besitzt. Die Berücksichtigung ökonomischer Zusatznutzen von Klimaschutzmaßnahmen sei eine ihrer Stärken. Innovationsorientierte Klima- und Energiepolitik müsse sich auch an die lokale Ebene richten und dabei die Eigendynamik der vielfältigen Interaktionsbeziehungen im europäischen und globalen Mehrebenensystem berücksichtigen und für innovatives Lernen nutzbar machen. Jänicke warnte vor einem bremsenden Einfluss durch die Vollendung des EU-Binnenmarkts, der sich negativ auf die für Innovationen nötige Diversität auswirken könne.

Marc Ringel diskutierte den möglichen Beitrag von Städten zur EU-Energiepolitik im Bereich Energieeffizienz. Angesichts globaler Finanz- und Versorgungskrisen, steigenden Energiebedarfs und schwankender Weltmarktpreise stelle deren Steigerung eine wichtige Strategie dar. Städte und Ballungsräume seien von zunehmender Bedeutung für die Umsetzung dieser Strategie. Entsprechend gebe es zahlreiche EU-Initiativen zur Unter-

Interkommunaler Austausch und Diffusion von Best Practices

Moderation: Dr. Jörg KEMMERZELL, Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft, Darmstadt

Diffusion von Politikinnovationen: Die (unterschiedliche) Sicht Münchner Akteure

Dr. Tilmann RAVE, ifo Zentrum für Energie, Klima und erschöpfbare Ressourcen, München

Kommunaler Klimaschutz – Herausforderung und Chancen

Dipl.-Ing. Wiebke FIEBIG, Stadt Frankfurt am Main, Leiterin des Energiereferats, Frankfurt am Main

Mieterstrom: Dezentrale Stromversorgung durch kooperatives Handeln von Wohnungswirtschaft und Energiedienstleistern. Ein Beispiel für die lokale Energiewende

RA Iris BEHR, Institut Wohnen und Umwelt, Darmstadt

Überregionale und internationale Perspektiven städtischer Energiepolitik in der EU

Moderation: Prof. Dr. Arthur BENZ, Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft, Darmstadt

Klima-Bündnis. Europäisches Städtenetzwerk zum Klimaschutz

Svenja SCHUCHMANN, M.A., Klima-Bündnis, Fachbereich Kommunaler Klimaschutz, Frankfurt am Main

Energie(-politik) in Wien und Europa – Die Notwendigkeit über den Tellerrand zu schauen

Dipl.-Ing. Herbert RITTER, Stadt Wien, Magistratsabteilung für Energieplanung, Wien

Elektroenergetisches System von Ostrów Wielkopolski

Ziemowit BOROWCZAK, Stadt Ostrów Wielkopolski, Stellvertretender Stadtpräsident, Ostrów Wielkopolski

Wrap-Up Session

Moderation: Prof. Dr. Michèle KNOTT, Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft, Darmstadt

stützung von Städten: unter anderem den Konvent der Bürgermeister, die Europäische Innovationspartnerschaft „Smart Cities and Communities“, die Programmlinie „Energieeffizienz“ des aktuellen Forschungsrahmenprogramms „Horizont 2020“ (früher: Intelligente Energie Europa) und die Leuchtturmprojekte „Smart Cities“. Zusammenfassend betonte Ringel jedoch, dass der Fokus nicht nur auf Energieeffizienz liegen dürfe, sondern auch erneuerbare Energien, nachhaltiges Verkehrsmanagement und eine integrierte Stadtplanung eingebunden werden müssten, um das Potenzial städtischer Klimapolitik zu nutzen. Hier bestehe Bedarf für stärkere Koordination und Vernetzung.

Volker Holtfrerich betonte, dass eine koordinierte EU-Energie- und Klimapolitik unkoordinierten nationalen Alleingängen vorzuziehen ist. Gleichzeitig unterstrich er die Bedeutung nationaler Souveränität bei der Ausgestaltung des Energiemix, um Anreize für ambitionierte Energiepolitik zu erhalten. Zudem seien mehr Konsistenz in der EU-Energiepolitik und eine Vereinfachung der Berichtspflichten notwendig. Adressaten der EU-Energiepolitik benötigten eine verlässliche Grundlage und genügend Gestaltungsspielraum. Des Weiteren sei die Integration des Binnenmarkts voranzutreiben, um Versorgungssicherheit auf marktlicher Basis zu gewährleisten. Da die Städte im Vergleich zu den Nationalstaaten erst zeitversetzt mit den zuvor genannten Reduktionszielen der europäischen Energiepolitik konfrontiert wurden, seien die Herausforderungen hier deutlich größer.

Chancen und Restriktionen der europäischen Energiepolitik – die Perspektive der Städte

Anne Tews stellte die Perspektive der Städte auf die Europäische Union in den analytischen Rahmen des „überlokalen Handlungsraumes“. Dieser gewinne an Bedeutung für die Formulierung städtischer Politik und lo-

kale Akteure setzten den überlokalen Handlungsraum strategisch zur Erreichung ihrer politischen Ziele ein. Es könnten zwei Dimensionen dieses Handlungsraumes unterschieden werden: in der vertikalen Dimension die Beziehungen von Städten zu übergeordneten Gebietskörperschaften, in der horizontalen Dimension die Kontakte zu anderen Städten oder die Beteiligung an Städtenetzwerken. Tews präsentierte des Weiteren eine Typologie von überlokalen Handlungsorientierungen städtischer Akteure. So seien zum einen instrumentelle und normative Handlungsorientierungen, zum anderen interne und externe Governance zu unterscheiden. Während interne Governance darauf abziele, durch überlokales Handeln innerhalb der Kommune eine Steuerungswirkung zu erzielen, sei externe Governance auf die Beeinflussung des überlokalen Raumes ausgerichtet.

Stefan Thomas ging der Frage nach, ob Städte und Europäische Union in der Energiepolitik als „ziemlich beste Freunde“ gelten können. Seine Antwort fiel gemischt aus. So trete die Europäische Union Städten in unterschiedlichen Rollen gegenüber. Zum einen als Regulierer, zum anderen als Unterstützer, der eine Vielzahl von Förderinstrumenten bereitstelle. In diesem Zusammenhang berichtete der Referent aus dem EU-Projekt „CASCADE“³, in dem das Wuppertal Institut Peer-Learning-Prozesse der beteiligten Kommunen wissenschaftlich begleitet hat. Das Ziel des Projektes bestand darin, die Aufstellung von Energieaktionsplänen zu unterstützen. Positiv an einer Projektbeteiligung seien die integrierende Wirkung in der Stadtverwaltung sowie die Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen. Kritisch werde der hohe bürokratische Aufwand beurteilt. Zudem hänge der Erfolg von Projekten stark von vorhandenen Strukturen und Ressourcen ab. Daraus könne geschlossen werden, dass finanziell schlecht gestellte Städte den mit der Wahrnehmung von Fördermaßnahmen verbundenen Aufwand oft

3 Cities Exchanging on Local Energy Leadership.

nicht tragen könnten. Deshalb sei es von europäischer Seite aus wichtig, Ansätze zur direkten Ansprache strukturell schlechter gestellter Städte beziehungsweise Regionen und zur Verzahnung von Energie-, Regional- und Sozialpolitik zu entwickeln.

Lena Bendlin erörterte, warum sich Städte an dem von der EU-Kommission initiierten Netzwerk „Konvent der Bürgermeister“ beteiligen und welche organisatorischen Probleme sich gegenwärtig abzeichnen. Das Netzwerk sei gegründet worden, um Kommunen bei der Umsetzung einer nachhaltigen Energiepolitik zu unterstützen. Kernelement des Konvents seien Energieaktionspläne, die Kommunen nach bestimmten Vorgaben erstellen und deren Wirkung dokumentiert werden müsse. Eine Mitgliedschaft im Konvent könne als niedrighschwelliger Einstieg in die lokale Energiewende verstanden werden, da mit der Mitgliedschaft zunächst keine unmittelbaren Kosten verbunden seien. Zudem gebe eine Mitgliedschaft lokalen Akteuren die Möglichkeit, ihre Sichtbarkeit zu erhöhen, was vor allem für Vertreter kleiner Kommunen interessant sei. Die Instrumente des Konvents, insbesondere CO₂-Bilanzierung und Monitoring, seien in der Frühphase der Mitgliedschaft hilfreich, würden später aber zunehmend als Belastung empfunden. Der Gegenwert des Engagements der Städte werde dagegen nicht unmittelbar deutlich, besonders die Hoffnung auf einen besseren Zugang zu den zentralen EU-Institutionen habe der Konvent nicht erfüllen können. Auffällig sei ein starker nationaler Bias bei der Mitgliedschaft. Bendlin erklärte dies mit der Varianz bei nationalen Programmen, an denen sich Kommunen bevorzugt beteiligten. Dort wo es weniger nationale Unterstützung für lokale Energiepolitik gebe, gelte der Konvent als willkommene Alternative. Hinzu komme ein Übergewicht kleinerer Kommunen im Konvent, was dessen Performanz insgesamt verschlechtere. Damit sinke der Anreiz für größere und im Klimaschutz aktive Städte weiter, sich im Konvent zu engagieren.

Peter Pluschke stellte das nachhaltige Energieversorgungssystem im Rahmen des „Klimapakts der Europäischen Metropolregion Nürnberg“ vor. Im überlokalen Handlungsraum könnten insbesondere die europäische und die Bundesebene zum Gewinn strategischer Handlungsfähigkeit und zur Wissensgenerierung beitragen. So sei durch den Beitritt Nürnbergs zum Konvent der Bürgermeister das Thema Klimaschutz und Energie stärker in der Stadtpolitik verankert worden. In operativer Hinsicht sei hingegen regionale Kooperation von größerer Bedeutung. Hier hob Pluschke besonders zwei Aspekte hervor: Erstens müssten nicht alle am „Klimapakt“ beteiligten Städte und Landkreise das Ziel, bis 2050 die CO₂-Emissionen um mindestens 80 Prozent zu reduzieren, individuell erreichen, sondern eine Verrechnung sei möglich. Zweitens sei eine wechselseitige Abstimmung von Städten und Landkreisen institutionell verankert. Während Erstere auf abschbare Zeit Nettoenergieverbraucher blieben, würden die Landkreise mittel- bis langfristig einen Überschuss an erneuerbaren Energien erzeugen. Funktionsvoraussetzung für regionale Handlungsfähigkeit sei zudem eine effektive Organisation, im Falle der Metropolregion Nürnberg durch den „Lenkungskreis Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung“, an dem neben Fachpolitikern und Verwaltungsexperten auch externe Fachleute und Vertreter der regionalen Wirtschaft beteiligt seien.

Diffusion von Best Practices – der horizontale Austausch zwischen Kommunen

Zunächst betrachtete *Tilmann Rave* die Verbreitung von Innovationen in der lokalen Energiepolitik am Beispiel Münchens. Innovation definierte er als „intendierten und zielgerichteten (aber in seinen Endresultaten nicht steuerbaren) Prozess der Erfindung, Entwicklung und Umsetzung soziotechnischer Neuerungen“, wobei drei Typen von Politikinnovationen unterschieden werden müssten. „Institutionalisierte und übergeordnete Diffusionsprozesse im europäischen

Mehrebenensystem“ fänden insbesondere durch Städtenetzwerke und EU-Projekte statt. In diesen Prozessen stünde zwar der Austausch von Best Practices im Vordergrund, es könne beispielsweise ein direkter Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft im Klimabündnis und den Münchner Klimazielen gezeigt werden. Zentral sei aber die symbolische Bedeutung solcher institutionalisierter Beziehungen. Größere Bedeutung für die Diffusion konkreter Politikinnovationen besäße dagegen der zweite Typ von Innovationsprozessen, den Rave als „bilateral“ sowie „ereignis- und themenbezogen“ charakterisierte. Hierzu zählten Formen der informellen Zusammenarbeit mit ausgewählten Städten, internationale Städtepartnerschaften sowie Städtewettbewerbe und Konferenzen. Dieser Diffusionstyp sei vielfach „akteursgetrieben“ und basiere auf dem Engagement einzelner Personen. Als dritter Innovationstyp könnten schließlich „historisch gewachsene Diffusionsprozesse“ beobachtet werden. Hier führte Rave als Beispiele Münchens frühzeitige Adaption von „ÖKOPROFIT“ an, einer Initiative zur Steigerung der Energieeffizienz in Unternehmen, das Bündnis „München für Klimaschutz“ sowie die durchaus umstrittene Rolle der Stadtwerke München beim Ausbau erneuerbarer Energien.

Wiebke Fiebig zeigte in ihrer Darstellung des neuen Frankfurter Energiekonzepts, wie langfristige Energie- und Klimaschutzstrategien im Rahmen eines städtischen Handlungsprogramms umgesetzt werden können. Frankfurt plane, bis 2050 seinen Energiebedarf komplett aus erneuerbaren Energien zu decken. Unterstützung dafür komme aus der Teilnahme der Stadt am Bundesprogramm „Masterplan 100% Klimaschutz“. Frankfurt möchte das besonders für eine Großstadt sehr ambitionierte Ziel durch aufeinander abgestimmte Maßnahmen erreichen. Erstens solle der städtische Energiebedarf um 50 Prozent sinken. Zweitens solle die dann noch benötigte Energie je zur Hälfte im Stadtgebiet und in der Region erzeugt werden. Dazu bedürfe es zum einen des Ausbaus bestehender innerstädti-

scher Erzeugungsstrukturen und zum anderen einer verstärkten Kooperation mit dem Umland und letztlich eines regionalen Energiekonzepts. In der vertikalen Dimension überlokales Handeln sei besonders die kollektive Einflussnahme von Städten auf übergeordnete Entscheidungsebenen wichtig. Denn die Ausgestaltung rechtlicher Rahmenbedingungen, etwa im Miet- und Baurecht, sei von zentraler Bedeutung für das Gelingen ambitionierter städtischer Energiekonzepte.

Ein kooperatives Konzept zur Umsetzung der Energiewende auf lokaler Ebene präsentierte Iris Behr. Die CO₂-neutrale Stadt als Leitbild lokaler Energiepolitik erfordere eine verstärkte Zusammenarbeit der Stadtverwaltungen mit der lokalen Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Das an Beispielen aus Darmstadt und Frankfurt veranschaulichte Konzept „Mieterstrom“ sei eine gute Möglichkeit, die unterschiedlichen Beteiligten einzubeziehen und zwei Facetten einer nachhaltigkeitsorientierten Energieversorgung, dezentrale Energiebereitstellung und Investitionen in Energieeffizienz, zu berücksichtigen. Die dezentrale Erzeugung regenerativen Stromes durch Wohnungsunternehmen, welcher direkt von den Bewohnern verbraucht wird, nutze im Idealfall keine fremden Netze. Ein Vorteil liege im Anreiz für Investoren, die auch bei sinkenden Einspeisevergütungen mittel- und langfristige rentable Investitionen vornehmen könnten. Für die Mieter bestehe ein Vorteil in dem mit Mieterstrom verbundenen „all-inclusive“-Ansatz der Miete.

Probleme bei der Umsetzung identifizierte die Referentin insbesondere in den unzureichenden rechtlichen Rahmenbedingungen, die bislang „blind für Mieterstrom“ seien. Anpassungsbedarf bestehe insbesondere beim Energiewirtschafts-, Erneuerbare-Energien- und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, aber auch beim Steuer- und Mietrecht. Neben Reformen des Rechtsrahmens sei eine verstärkte Kommunikation mit den potenziellen Investoren aus der Immobilienwirtschaft und den Endnutzern nötig. Städte könnten zum

Gelingen solcher Projekte zum einen durch eine Beteiligung an entsprechenden Projekten, etwa über Bauträger oder Energieversorger, beitragen, aber auch durch Kommunikation und Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger übergeordneter Ebenen.

Diffusion von Best Practices – internationale Perspektiven

Zentrale Akteure für den Austausch zwischen Kommunen und die Vertretung kommunaler Interessen auf übergeordneten politischen Ebenen sind Städtenetzwerke. *Svenja Schuchmann* widmete sich in ihrem Konferenzbeitrag den Aktivitäten des „Klima-Bündnisses europäischer Kommunen“. Zum einen unterstütze dieses seine Mitgliedskommunen bei der Umsetzung lokaler Energiepolitik, etwa durch die Bereitstellung von Instrumenten zur Erfassung des Energieverbrauchs und zur Dokumentation von Einsparerfolgen. Zum anderen erfülle es eine Reihe von Funktionen auf EU-Ebene. Durch das seit 2007 bestehende Büro in Brüssel sei es möglich, die kollektiven Interessen der Mitglieder effektiv wahrzunehmen. Das geschehe etwa durch Agenda-Setting, Ressourcenpooling oder die Beeinflussung von Politikgehalten. Zudem fungiere das Klima-Bündnis auch als „Serviceagentur“ für die Europäische Union, indem es in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen EU-Initiativen wie den Konvent der Bürgermeister koordiniere und umsetze. Deutlich wurde die wichtige Rolle von Netzwerken für die Vertretung kollektiver lokaler Interessen, die nicht in erster Linie an nationalen oder regionalen Gesichtspunkten ausgerichtet sind.

Herbert Ritter ging zunächst auf die Besonderheiten Wiens im österreichischen Kontext ein, wo die Millionenstadt mit ihrem Status als Bundesland eine Sonderrolle einnehme. Gerade deshalb orientiere sich Wien stark an europäischen Zielen und an internationalen Austauschbeziehungen. Neben der zunehmenden Integration erneuerbarer Energien in der Stadt lägen die größten Aufgaben der

dichtbesiedelten und stark wachsenden „Bestandsstadt“ in der energieeffizienten Sanierung und der Nutzung „smarter“ Technologien. Den überlokalen Handlungsraum nutze Wien bei der Adaption von EU-Zielen sowie durch Beteiligungen an Projekten, was die Bearbeitung konkreter Fragestellungen auf der Fachebene ermögliche. Während Ritter besonders die Lernpotenziale internationaler Vernetzung betonte, verwies er ebenso auf die notwendige Intensivierung regionaler Vernetzung. Denn gerade flächenkonsumierende Technologien der Energieerzeugung könnten nur zu einem kleinen Teil in Städten installiert werden, weswegen kooperative Austauschbeziehungen mit dem Umland, wo auch die negativen externen Effekte erneuerbarer Energien im Schwerpunkt anfallen würden, eine Kernaufgabe städtischer Energiepolitik darstellten.

Ziemowit Borowczak brachte die Perspektive einer Kommune eines osteuropäischen EU-Mitglieds in die Diskussion ein. Während die Fallbeispiele aus Deutschland und Österreich sehr stark den ökologischen Nachhaltigkeitsaspekt der Energiepolitik betonten, werde die Energieversorgung in Polen auf absehbare Zeit von Kohle dominiert. In Ostrów Wielkopolski sei es dennoch gelungen, die Treibhausgasemissionen deutlich zu reduzieren, indem der kommunale Energieversorger ein Biomassekraftwerk in Betrieb genommen habe. Biomasse werde vor allem dazu verwendet, die Abhängigkeit von Erdgas als bislang zweitwichtigstem Energieträger zu reduzieren. Allerdings fehlten in Polen institutionelle Anreize zur weiteren Förderung erneuerbarer Energien. So eröffne die bestehende Versorgungsstruktur in Ostrów Wielkopolski etwa große Potenziale für Kraft-Wärme-Kopplung, diese könnten allerdings nur durch externe Förderung erschlossen werden. Hier bestünde durchaus Handlungsbedarf für die europäische Politik. Problematisch erweise sich der Emissionshandel für polnische Energieversorger. Trotz einer Senkung oder Stagnation der Emissionen sei die Kommune in den nächsten Jahren mit steigenden Kosten für

CO₂-Zertifikate konfrontiert. Angesichts derzeit fehlender Alternativen zur Steinkohle auf dem polnischen Energiemarkt würden diese Kosten Innovationen in erneuerbare Energien eher behindern als fördern.

Europäische und regionale Integration städtischer Energiepolitik

Zusammenfassend wurde die zentrale Rolle von Kommunen für eine nachhaltigkeitsorientierte europäische Energiepolitik herausgestellt, gleichermaßen aber auch auf Probleme verwiesen. So werde die Bedeutung der kommunalen Ebene von der Europäischen Kommission zwar erkannt, allerdings bemängelten einige Teilnehmer eine abnehmende Relevanz der kommunalen Perspektive in Brüssel. Dies hänge auch damit zusammen, dass die Europäische Union zunehmend versuche sich direkt an Bürger zu wenden und den intermediären politischen Einheiten weniger Aufmerksamkeit zukommen lasse. Die Responsivität der Europäischen Union gegenüber kommunalen Belangen wurde als verbesserungswürdig bezeichnet, wobei glei-

chermaßen die Bedeutung von Städtenetzwerken als kollektive Interessenvertreter herausgestellt wurde.

Die Kommunen selbst nehmen die Bundes- und Landesebene als wichtigere Unterstützungsstrukturen wahr. Dies gilt nicht nur für Fördermaßnahmen, sondern auch für den rechtlichen Rahmen. Hier wurde, wie beispielhaft am Konzept des Mieterstroms gezeigt, ein zunehmender Anpassungsbedarf der Gesetzgebung an die aus der Energiewende resultierenden Anforderungen konstatiert.

Hinsichtlich des überlokalen Charakters städtischer Energiepolitik lenkte die Tagung verstärkt den Blick auf die Bedeutung regionaler Kooperation und Integration. Da auf absehbare Zeit Städte Nettoverbraucher von Energie bleiben werden, benötigen sie ihr Umland zur Bereitstellung erneuerbarer Energien, wo auch die EU-Politik ansetzen könne. Diese sollte regionale energiepolitische Kooperationen gezielt unterstützen, ohne dabei aber die spezifischen lokalen Bedingungen zu ignorieren.

TAGUNG

Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der EU und China

Thomas Osowski und Dominik Kronen*

Der Fokus des Jahreskolloquiums des Arbeitskreises Europäische Integration lag auf der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China. Dahin gehend wurden Potenziale für weiterführende Kooperationen, aber auch Herausforderungen analysiert. Als wesentliches Streitthema zwischen der Europäischen Union und China wurden dabei die unterschiedlichen Einstellungen zum Thema Menschenrechte betrachtet, während die Chancen vor allem im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gesehen wurden.

Peter-Christian Müller-Graff betonte einfühlend insbesondere die Möglichkeiten Chinas, die sich aus seiner rasanten wirtschaftlichen Entwicklung ergeben. Dazu zählte er auch die Stärkung der außenpolitischen Macht des Landes, verwies allerdings auch auf eine Reihe von Herausforderungen im wirtschaftlichen und politischen Bereich, welchen sich China derzeit unmittelbar gegenübersehe.

Chinas wirtschaftliche Transformation: Vom export- zum konsumorientierten Wachstum

Gunther Schnabl behandelte die Bedeutung des US-Dollars für die chinesische Finanz- und Wirtschaftspolitik. Sie ergebe sich aufgrund seiner dominanten Rolle auf den internationalen Güter- und Kapitalmärkten. Zusätzlich besteht seit 1994 eine Bindung des Renminbi an den US-Dollar, welche eine der Grundlagen des starken Wachstums, aber auch struktureller Verzerrungen sei. Mit Chi-

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China

Jahreskolloquium des Arbeitskreises Europäische Integration (AEI)

Die Tagung wurde von der Europäischen Union und der Universität Duisburg-Essen finanziert.

3./4. Dezember 2015, Essen

Begrüßung

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian MÜLLER-GRAFF, Vorsitzender des Vorstands des AEI; Universität Heidelberg

Chinas internationale Finanz- und Wirtschaftspolitik

Prof. Dr. Gunther SCHNABL, Universität Leipzig

Chinas Binnenwirtschaft: Immobilienboom und Verschuldung

Prof. Dr. Heribert DIETER, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Menschenrechte als Thema in den Beziehungen zwischen der EU und China

Dr. Frédéric KRUMBEIN, Geschäftsführer des AEI; Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und China

Prof. Dr. Marc BUNGENBERG, Universität des Saarlandes, Saarbrücken

Chinas neue Seidenstraße nach Europa

Moritz RUDOLF, Mercator Institute for China Studies, Berlin

* Thomas Osowski, Universität Duisburg-Essen.
Dominik Kronen, Universität Duisburg-Essen.

nas Abkehr vom export- hin zum konsumorientierten Wachstum und der Flexibilisierung des Wechselkurses stelle sich die Frage, ob das rasante wirtschaftliche Wachstum auch in der Zukunft Bestand haben kann.

Laut Schnabl führt die einseitige Bindung des Renminbi und weiterer ostasiatischer Währungen an den US-Dollar zu makroökonomischer Stabilität und Wachstum in weiten Teilen Ostasiens. Nachfolgend ging Schnabl auf die großen chinesischen Auslandsvermögen ein, welche überwiegend in US-Dollar gehalten werden. Diese seien die Folge hoher Sparquoten und damit verbundener Leistungsbilanzüberschüsse. Es bestehe jedoch das Risiko einer Aufwertung des Renminbi, welche gleichbedeutend mit hohen Vermögensverlusten in heimischer Währung wäre. Aufgrund der Unterentwicklung der Finanzmärkte in China könne das Wechselkursrisiko nicht über den Markt, sondern nur durch den öffentlichen Sektor in Form der chinesischen Zentralbank durch Wechselkursinterventionen begrenzt werden.

Die expansive Geldpolitik der USA bewirke vermehrt Kapitalabflüsse nach China, welche zu einem Aufwertungsdruck auf den Renminbi führten. Die fortwährende Stabilisierung des Wechselkurses über den Ankauf von Dollardevisen erhöhe die Gefahr von Inflation und Kreditblasen. Die Sterilisierung der Geldmengeneffekte durch eine Erhöhung der Mindestreserven sei zwar eine häufig angewandte Maßnahme der Zentralbank, verschiebe jedoch die Kosten lediglich auf die Geschäftsbanken (finanzielle Repression).

Im Rahmen dieser Zentralbankmaßnahmen sieht Schnabl entsprechende Risiken. Auf den Gütermärkten führe eine Straffung der Geldpolitik zu einer Zinserhöhung, welche dem staatlichen Druck auf Geschäftsbanken entgegenlaufe, die Kreditzinsen niedrig zu halten. Der resultierende Nachfrageüberschuss nach Kapital versetze die Regierung in die Lage, die Kreditallokation zugunsten von Investitionen (staatlicher) Exportunternehmen zu

Steuerungspotenzial des politischen Systems Chinas angesichts neuer Herausforderungen im 21. Jahrhundert

Prof. Dr. Thomas HEBERER, Universität Duisburg-Essen

Chinas Menschenrechtsposition im UN-Menschenrechtsrat

Prof. Dr. Björn AHL, Universität zu Köln

Streitbeilegungsverfahren zwischen der EU und China im Rahmen der WTO

Prof. Dr. Michael HAHN, Universität Lausanne

lenken. Für die Finanzmärkte sieht Schnabl niedrige Einlagezinsen als möglichen Katalysator eines Schattenbankensystems sowie umfangreicher Spekulation auf den Immobilien- und Aktienmärkten.

Als Ausblick auf die zukünftige Entwicklung in China argumentierte Schnabl abschließend, dass die Verzerrungen im chinesischen Güter- und Finanzsektor die Abkehr vom exportorientierten hin zu einem konsumgetriebenen Wachstum erschweren. Zudem habe der geldpolitische Ausstieg in den USA die Risiken für die wirtschaftliche Stabilität in China erhöht, sodass eine weitere geldpolitische Expansion in China zu erwarten sei. Aufgrund der enormen Herausforderungen der chinesischen Finanz- und Wirtschaftspolitik sieht Schnabl China in einer „Dollarfalle“ und seine Wachstumsaussichten deutlich eingetrübt.

Die Bedeutung der chinesischen Wirtschaft für Europa: Chinas Immobilienboom und Verschuldung

Heribert Dieter setzte den Fokus seiner Präsentation auf den Zusammenhang zwischen dem Immobilienboom in China und den potenziellen Auswirkungen einer Wirtschaftskrise auf die Europäische Union. Er beschrieb den Umfang des chinesischen Baubooms anhand des Verbrauchs von Rohstoffen: Die chinesische Wirtschaft habe zwischen 2011 und 2013 mehr Zement verbraucht als die USA im gesamten 20. Jahrhundert. Ange-

sichts der immensen Investitionen in Immobilien und Infrastruktur sei eine umfassende Immobilienblase möglich. Dieter sprach von rund 60 Millionen leer stehenden Wohnungen (Stand 2015), wobei derzeit zusätzlich 67 Millionen Einheiten im Bau seien. Anzeichen ergäben sich auch im internationalen Vergleich: So betrug der Anteil des Immobiliensektors an der gesamten Wertschöpfung über 10 Prozent. Dies entspreche dem Niveau in Spanien vor der dortigen Immobilienkrise.

Bei der Verschuldung in China, die ohne Einbeziehung des Finanzsektors zwischen 2009 und 2015 von 139 Prozent auf rund 220 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gewachsen sei, spielten die Immobilienprojekte eine dominante Rolle. Dieter stellte heraus, dass diese rasante Verschuldungsdynamik keinen nachhaltigen Prozess darstellen kann. Basierend auf wirtschaftshistorischen Erkenntnissen sah er eine Beziehung zwischen der Verschuldungsdynamik und der Wahrscheinlichkeit einer bevorstehenden Krise.

Ähnlich der Entwicklung im Japan der 1990er Jahre vermutet er Preisübertreibungen auf den Immobilienmärkten im heutigen China. Neben der Möglichkeit massiver wirtschaftlicher Konsequenzen sieht er in deren Folge auch die Gefahr von politischer Instabilität, wenn hohe Wachstumsraten in der Zukunft ausbleiben. Für Europa beziehungsweise Deutschland seien insbesondere eine verringerte chinesische Nachfrage nach ausländischen Gütern und der damit einhergehende Wegfall Chinas als Wachstumslokomotive der Weltwirtschaft relevant.

Die Rolle der Menschenrechte in den europäisch-chinesischen Beziehungen

Frédéric Krumbein befasste sich mit dem Einfluss der Europäischen Union auf die Menschenrechtssituation in China. Als deren wesentliches Motiv betonte er besonders deren primärrechtlich verankertes Selbstverständnis, die Menschenrechte zu fördern. Den starken Fokus auf die Menschenrechtsslage in China

begründete er mit dem Tian'anmen-Massaker im Jahr 1989, welches ein deutlich negatives Bild der chinesischen Regierung in der westlichen Berichterstattung etabliert habe.

Krumbein nannte drei Instrumente zur Einflussnahme: Sanktionen, Resolutionen im Rahmen der Vereinten Nationen und Menschenrechtsdialoge. Sanktionen wurden als direkte Reaktion auf das Tian'anmen-Massaker von den USA und der Europäischen Union verhängt. Bis auf Waffenembargos wurden diese aber innerhalb weniger Jahre aufgehoben. In den 1990er Jahren hätten die USA und die Europäische Union ohne Erfolg versucht, Resolutionen im Rahmen der Vereinten Nationen durchzusetzen. Die Menschenrechtsdialoge bildeten zurzeit das Hauptinstrument der Menschenrechtspolitik gegenüber China. Die Verhandlungen würden inhaltlich von der Europäischen Union dominiert und konzentrierten sich in jüngster Zeit vornehmlich auf das Schicksal politischer Gefangener. Die Einwilligung Chinas zur Teilnahme am Menschenrechtsdialog könne auch als Versuch der Verhinderung umfangreicherer Maßnahmen (zum Beispiel Resolutionsanträge bei den Vereinten Nationen) angesehen werden.

Bezüglich der bisherigen Ergebnisse gelangte Krumbein zu der Schlussfolgerung, dass kaum Verbesserungen der Menschenrechtsslage erreicht worden seien. Hauptgrund dafür sei eine interne Schwäche der Europäischen Union im Sinne einer fehlenden einheitlichen Position ihrer Mitgliedstaaten gegenüber China. Zusätzlich betonte er die geringe externe „Verwundbarkeit“ Chinas, bedingt durch die rasante Steigerung seiner militärischen und wirtschaftlichen Macht sowie einen starken Zuwachs an „soft power“. Zusätzlich bezweifelte Krumbein, dass der Menschenrechtsdialog in der Zukunft einen stärkeren Effekt haben werde. Er hält die Unterstützung chinesischer Menschenrechtsaktivisten zur Generierung von Veränderungen in der Volksrepublik China für erfolgversprechender.

Gegenwärtige Entwicklungen im Freihandel und Investitionsschutz zwischen der EU und China

Marc Bungenberg befasste sich mit dem rechtlichen Rahmen der Handels- und Investitionsschutzbeziehungen zwischen der Europäischen Union und China. Er stellte die große Rolle des Investitionsschutzrechts in der EU-Außenwirtschaftspolitik heraus und unterstrich die Notwendigkeit eines Investitionsabkommens mit China aufgrund hoher Handelsverflechtungen und des großen Potenzials zukünftiger Investitionsströme, welche sich zurzeit auf geringem Niveau befänden.

Der derzeitige multinationale Rechtsrahmen werde durch die Welthandelsorganisation (WTO) und das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) geprägt, denen China sowie die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten angehören. Der bilaterale Rechtsrahmen zwischen der Europäischen Union und China sei dagegen ausbaufähig. Er beschränke sich auf ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen über die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit aus dem Jahr 1984, welches nicht den Umfang eines Freihandels- beziehungsweise Investitionsabkommens aufweise. Zusätzlich gebe es jedoch bereits umfangreiche Investitionsschutzabkommen zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten und China. Allerdings stellte Bungenberg heraus, dass der derzeitige Rechtsrahmen des Investitionsschutzes zwischen China und der Europäischen Union weder abgeschlossen noch konsistent ist. Die bestehenden Regelungen seien entweder zu allgemein oder zu speziell. Bungenberg sieht daher Spielraum für ein zusätzliches Investitionsabkommen.

Im Nachfolgenden erläuterte Bungenberg die Möglichkeit eines Investitionsschutzabkommens mit China und berichtete über die derzeitigen Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und China. Beide Parteien hätten unterschiedliche Primärziele: Während in China viele Hindernisse den Marktzugang

ausländischer Unternehmen behinderten, sei der europäische Markt (weitgehend) für Drittstaaten geöffnet. Aus europäischer Sicht seien deshalb Fragen des Marktzutritts von entscheidender Bedeutung. Chinas Interesse sei dagegen hauptsächlich auf potenzielle Investitionen in der Europäischen Union (zum Beispiel in die griechische Infrastruktur) gerichtet.

Bungenberg machte deutlich, dass die derzeitigen Verhandlungen zwischen China und der Europäischen Union nicht isoliert von weiteren bilateralen Verhandlungen zu betrachten sind. Zeitgleich verhandeln China und die USA über das bilaterale Investitionsabkommen (BIT). Im Rahmen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) steht auch die Europäische Union mit den USA in Verhandlungen. Bungenberg beschrieb einen erfolgreichen Vertragsabschluss zwischen China und den USA als Gefahr aus Sicht der Europäischen Union. Dieser wäre gleichbedeutend mit einem Einflussverlust der Europäischen Union auf das internationale Investitionsschutzsystem.

Die neue Seidenstraße: Die Bedeutung des chinesischen Großprojekts für Europa

Moritz Rudolf thematisierte die „Seidenstraßeninitiative“ („One Belt, One Road“) der chinesischen Regierung. Sie gehe auf Äußerungen von Chinas Partei- und Staatschef Xi Jinping zurück. Das Ziel sei, ein umfassendes Infrastrukturnetzwerk in Eurasien zu errichten. Rudolf beschrieb die Initiative als geopolitisches Projekt, welches keinen geografischen Schranken oder anderen starren Vorgaben unterliege. Eine konkrete Definition des Projekts gebe es nicht, sodass die Initiative in einzelnen teilnehmenden Ländern unterschiedliche Aspekte umfassen könne.

Aus wirtschaftlicher Perspektive gehe es um die Erschließung neuer Märkte und die Diversifizierung von Handelsrouten. Die Internationalisierung des Renminbi und die Sicherung von Energiequellen beziehungsweise -import-routen erschienen als zusätzliche wirtschaftli-

che Ziele. Ein stärkerer politischer Einfluss auf die Nachbarstaaten Chinas und deren Stabilisierung seien aus politischer Sicht relevant. Da ein Großteil der Projektfinanzierung durch China erfolgt, entstünden Abhängigkeitsverhältnisse. Zudem bestehe ein übergeordnetes Ziel in der aktiven Mitgestaltung einer multipolaren Weltordnung. China erhebe den Anspruch, bei der Reform des internationalen Systems aktiv beteiligt zu sein.

Als Hindernisse der Initiative sieht Rudolf die unzureichende Konkretisierung beziehungsweise die fehlende Definition der Initiative, aber auch ihrer Ziele. Ferner bestünde ein hohes Maß an Misstrauen von Drittstaaten gegenüber der chinesischen Initiative, China werde als Hegemonialmacht wahrgenommen und sozioreligiöse Aspekte würden vernachlässigt, da die Involvierung von Minderheiten (zum Beispiel den Uiguren in Xinjiang) fehle. Auch könnte eine Krise der chinesischen Wirtschaft die Umsetzung der Initiative behindern.

Abschließend stellte Rudolf deren Chancen für die Europäische Union und Deutschland heraus. Er hält eine grundsätzliche Offenheit gegenüber der Initiative für sinnvoll, da wirtschaftliche Kooperationen zwischen der Europäischen Union und China sowie (Infrastruktur-)Investitionen positiv bewertet werden können. Rudolf sieht ebenfalls die Möglichkeit von Kooperationsprojekten zwischen der Europäischen Union und China, welche als Katalysator für die gesamte Seidenstraßeninitiative in Europa dienen könnte. Aus politischer Sicht werde eine stärkere Übernahme von Verantwortung durch China in Eurasien – auch zum Schutz der eigenen Investition – erwartet.

Neuere Herausforderungen für China – Möglichkeiten zur Steuerung und Beeinflussung durch das politische System

Thomas Heberer befasste sich mit den neuen Herausforderungen für China und deren Implikationen für zukünftige politische Programme. Seine Ausführungen leitete er mit einer Defini-

tion des Entwicklungsstaates ein, welcher geprägt ist durch planvolle Entwicklung, Repression und eine effektive Bürokratie. Bei der Einordnung Chinas als Entwicklungsstaat betonte er sowohl die horizontale als auch die vertikale Fragmentierung des chinesischen Staates. Während die Lösung konkreter Probleme im kleinen Rahmen zu einer lokal positiven Bewertung chinesischer Politik führe, stamme ein gewisser Pessimismus eher von den Intellektuellen in der Hauptstadt. Die Entscheidungsträger in den zum Teil sehr heterogenen Landkreisen agierten im Schatten der Hierarchie und könnten so unterschiedliche Entwicklungsmodelle anwenden.

Es sei auch zu beobachten, dass das aktuelle System von der Bevölkerung als das beste zur Zielerreichung betrachtet wird und hieraus seine Legitimität bezieht. So würden zum Beispiel die Abschaffung der Agrarsteuer und der „Ein-Kind-Politik“ als Mittel zur Stärkung der Unterstützung des Staates durch die Bevölkerung genutzt.

Zuletzt definierte Heberer drei Modi für China: ein normaler Modus, geprägt durch Kompromisse; ein Transformationsmodus, definiert durch neue Modelle; und ein Krisenmodus, in welchem Zentralisierung starke Anwendung findet.

Die Position Chinas vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Björn Ahl behandelte das Thema Menschenrechte in China. Sein Fokus lag auf dem „Universal Periodic Review“ der Vereinten Nationen. In dessen Rahmen werde im ersten Schritt die Menschenrechtslage in China zusammengefasst, im zweiten Schritt folge eine Reaktion Chinas und im letzten Schritt könne China anderen Staaten Empfehlungen zur Verbesserung von Menschenrechten im jeweiligen Land geben.

Im aktuellen Bericht werde die abstrakte Anerkennung von Menschenrechten in China als eher taktisch und relativistisch denn ehrlich

eingestuft. Dennoch sei China der erste Staat, der die Ziele des weltweiten Arbeitsschutzes erreicht hat und in absehbarer Zeit soziale Versicherungen und weitere Aspekte des Arbeitsschutzes in zukünftige Gesetze integrieren wird. Jedoch bestehe Grund zur Kritik aufgrund von Folter und Tötungen durch den Staat.

Hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte richtet sich die Kritik von Seiten Chinas gegenüber den Industriestaaten insbesondere auf Beschränkungen der Religionsfreiheit, beispielsweise für praktizierende Moslems, und Folter, die vor allem im Kampf gegen den Terror angewandt würden. Staaten, die im Rahmen der Erarbeitung des Berichts eher positiv gegenüber China eingestellt waren, vor allem die Staaten Asiens und Afrikas, erhielten verstärkt positive Beurteilungen im Reaktionsschreiben Chinas. In seinen Empfehlungen konzentrierte sich China meist auf wirtschaftliche und soziale Aspekte und vor allem auf die Diskriminierung von Minderheiten in europäischen Staaten oder den USA. Hierbei sei die Bemühung zu erkennen, im Sinne von chinesischen Staatsbürgern im Ausland zu handeln.

Insgesamt sei zu bemerken, dass die chinesische Regierung den Menschenrechtsbericht recht selektiv betrachtet beziehungsweise berücksichtigt, um die eigene Position zu stärken, und dass die dort enthaltene Kritik nur geringen Einfluss auf die chinesische Politik hat.

Streitbeilegung gemäß der WTO – Verfahren zwischen China und der EU

Michael Hahn legte den Fokus auf die Streitbeilegungsverfahren im Rahmen der WTO. In

diesem Kontext wurden bisher sieben Verfahren von der Europäischen Union gegen die Subventions- und Dumpingpolitik der Volksrepublik China eingeleitet. Fünf seien durch den Streitbeilegungsmechanismus der WTO entschieden worden, eines durch ein „Memorandum of Understanding“ beigelegt und das letzte befinde sich noch in der Konsultationsphase. Die vier durch China eingeleiteten Verfahren, von denen bisher zwei entschieden seien, könnten in diesem Kontext teilweise als Trotzreaktionen auf die Verfahren der Europäischen Union interpretiert werden.

Als wichtigste Aspekte unterstrich Hahn die erfolgreiche Integration des Einparteienstaats in das stark verrechtlichte System der WTO, in welchem China mittlerweile oft als drittstärkste Partei neben der Europäischen Union und den USA betrachtet werde. Hierbei sei zudem die wichtige Rolle Chinas im Verbund mit den USA zu beachten, da Letztere ohne China vermutlich bereits aus der WTO ausgetreten wären.

Die Ergebnisse der Tagung verdeutlichten, dass ein hoher Restspielraum für weitere wirtschaftliche Kooperationen zwischen der Europäischen Union und China besteht, sei es durch die Seidenstraßeninitiative oder einen Ausbau der internationalen (Handels-)Beziehungen in Form neuer Abkommen. Zudem wurde durch die Vorträge zur Menschenrechtssituation in China deutlich, dass die Möglichkeit engerer Beziehungen nicht nur hinsichtlich des wirtschaftlichen Nutzens, sondern auch vor dem Hintergrund der Einhaltung humanitärer Grundsätze beurteilt werden muss.

TAGUNG

Europa und Ostasien stehen vor großen Herausforderungen in der Weltwirtschaft

*Ansgar Belke und Gunther Schnabl**

Zur Eröffnung des 29. Leipziger Weltwirtschaftsseminars zeichnete zunächst *Gunther Schnabl* ein Bild von der aktuellen Lage der Weltwirtschaft mit Fokus auf Europa und Ostasien. Eine platzende Immobilienmarkt-Blase und das Ende eines Überinvestitions-booms in China bedrohten den bisher weltweit wichtigsten Wachstumsmotor. Um die schwächelnde Nachfrage abzufedern, setzten Japan wie China auf kompetitive Abwertungen ihrer Währungen. In Europa führe die expansive Geldpolitik auch weiterhin nicht zu der gewünschten Erholung – vor allem nicht in den geplagten Krisenländern. Die wirtschaftspolitischen Herausforderungen, die für Europa und Ostasien zu diskutieren sind, seien deshalb groß. *Ansgar Belke* gab anschließend einen Überblick über die Konferenzbeiträge und ordnete diese in das Oberthema ein.

Integration versus Desintegration

In der ersten Session formulierte *Renate Ohr* die Fragen, ob die europäischen Integrationsbemühungen ihren Wendepunkt erreicht haben und ob es in Zukunft eher zu desintegrativen Tendenzen kommen werde. Die selbstgesteckten Ziele wie Konvergenz, Wachstum, Fiskaldisziplin und die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) seien bedroht oder bereits verfehlt. *Ohr* beleuchtete die Herausforderungen bei der Bewältigung der europäischen Staatsschuldenkrise und verwies auf die Überforderung der Fiskalpolitik, die allein den Euroraum nicht stabilisieren könne. Im Vertrag von Lissabon wurde zudem erstmals das Austrittsrecht festgehal-

29. Leipziger Weltwirtschaftsseminar Herausforderungen für Europa und Ostasien in der Weltwirtschaft

Universität Leipzig / Universität Duisburg-Essen

Gefördert von der Hanns Martin Schleyer-Stiftung im Rahmen der Förderinitiative „Dialog Junge Wissenschaft und Praxis“, der Europäischen Union und dem Arbeitskreis Europäische Integration

18./19. Januar 2016, Leipzig

Eröffnung und Einführung: Europa und Ostasien in der Weltwirtschaft

Prof. Dr. Ansgar BELKE, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Gunther SCHNABL, ZIW und Universität Leipzig

Prof. Dr. Ulrich VOLZ, Universität Leipzig; School of Oriental and African Studies, Universität London; Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

Die Geschichte der regionalen Integration

Leitung: Prof. Dr. Harald WIESE, Universität Leipzig

Europäische Integration am Wendepunkt?

Prof. Dr. Renate OHR, Universität Göttingen

Geschichte der ostasiatischen Integration

Dr. Hanns Günther HILPERT, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Handelsliberalisierung als Wachstumsstrategie

Leitung: Prof. Dr. Thomas STEGER, Universität Leipzig

Das ostasiatische System der Arbeitsteilung und TPP

Axel BERGER, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

* Prof. Dr. Ansgar Belke, Universität Duisburg-Essen.
Prof. Dr. Gunther Schnabl, Universität Leipzig.

ten, was die Referentin als Signal wertete, dass der Integrationsprozess nicht unumkehrbar ist. Sie bescheinigte der Europäischen Union einen Vertrauensverlust bei den Bevölkerungen der Mitgliedsländer und beleuchtete die Rolle Großbritanniens in der Union. Das Vereinigte Königreich sähe sich einer Übermacht an Euromitgliedstaaten gegenüber, die eine weitere Machtkonzentration in Brüssel und Frankfurt befürworteten. Ohr plädierte für den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union, um die marktwirtschaftlichen Kräfte in der Union zu bewahren.

Hanns Günther Hilpert gewährte einen Einblick in die Geschichte der regionalen Integration Ostasiens. Er betonte, dass die ostasiatische Integration nicht mit jener in Europa vergleichbar ist. Ziel der ostasiatischen Integration sei es nicht, Frieden, gemeinsame Werte oder Aussöhnung voranzutreiben, sondern ökonomische Vorteile durch Marktintegration zu erreichen. Zu allen Zeiten habe China die Mehrheit der Menschen in den sich wandelnden Handelsbündnissen gestellt und sei damit meist geistiges, kulturelles und ökonomisches Zentrum gewesen. So hätten viele zeitgeschichtlich relevante Handelsereignisse eine chinesische Handschrift getragen: Bis Mitte des 19. Jahrhunderts beherrschte ein merkantilistisch und sino-zentrisches Tributsystem die Handelsbeziehungen. Die als unterdrückend und ungerecht empfundenen Handelsverträge mit Großbritannien aus dem 19. Jahrhundert wirkten bis heute in die chinesische Handelspolitik fort. Ab 1880 sei der innerasiatische Handel gewachsen, zu dessen Zentrum seit Anfang des 20. Jahrhunderts Japan geworden sei. Die damit einhergegangene aggressive Kolonialisierungsstrategie Japans vor dem Zweiten Weltkrieg behindere bis heute die Integrationsbemühungen der beiden wichtigsten Volkswirtschaften Asiens, China und Japan.

In der zweiten Session standen mit der Trans-Pacific Partnership (TPP, Asien-Pazifik) und der Transatlantischen Handels- und Investi-

TTIP als Wachstumsmotor für Europa?

Prof. Dr. Henning KLODT, Institut für Weltwirtschaft, Kiel

Monetäre Integration und Konflikte

Leitung: Prof. Dr. Uwe VOLLMER, Universität Leipzig

Griechenland als Stolperstein für die EWU?

Prof. Dr. Ansgar BELKE, Universität Duisburg-Essen

Chinas merkantilistische Wechselkursstrategie

Prof. Dr. Markus TAUBE, Universität Duisburg-Essen

China als Herausforderer der US-Hegemonie

Leitung: Ulrich MILDE, Leipziger Volkszeitung, Leipzig

Chinas aufstrebende Rolle in der Global Governance

Dr. Gudrun WACKER, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Kann der Yuan den Dollar als Leitwährung ablösen?

Prof. Dr. Gunther SCHNABL, ZIW und Universität Leipzig

Geringes Wachstum als politische Herausforderung

Leitung: Dr. Andreas HOFFMANN, Universität Leipzig

Politische Auswirkungen wirtschaftlicher Stagnation in Japan

Prof. Dr. Verena BLECHINGER-TALCOTT, Freie Universität Berlin

Verfassungskämpfe und politischer Grundsatzzstreit in der europäischen Finanz- und Schuldenkrise

Prof. Dr. Ulrich HUFELD, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Keynote: Perspektiven für den deutschen Export in der Neuformierung der Globalisierung

Prof. Dr. Michael HÜTHER, Direktor, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Fiscal and Monetary Policy as Growth Impulses in Japan and China

Leitung: Prof. Dr. Ulrich VOLZ, Universität Leipzig; School of Oriental and African Studies, Universität London; Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

tionspartnerschaft (TTIP, Europa-USA) zwei geplante Handelsabkommen im Zentrum. *Axel Berger* stellte zunächst Inhalte und Ziele des asiatisch-amerikanischen Handelsabkommens TPP vor. Er vermutete, dass regionale Liberalisierungsschritte wie TPP und TTIP zukünftig häufiger erfolgreich sein werden als globale Handelsliberalisierungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Er zeichnete das Bild eines „Nudeltopfs (Noodle Bowl)“, weil sich in Zukunft eine Vielzahl unterschiedlicher Liberalisierungskonzepte verschiedener Ländergruppen überlagern dürften. Von den TPP-Verträgen erwartete sich der Referent nur wenig Wachstumspotenzial für die beteiligten Volkswirtschaften, er verwies aber auf die potenziell positiven Effekte als Modell für Handelsliberalisierungen unter aufstrebenden Volkswirtschaften und Entwicklungsländern.

Henning Klodt hinterfragte TTIP als Wachstumsmodell für Europa. Er schloss sich seinem Vorredner bei der Vermutung an, dass die Handelsgewinne aufgrund von Zollabbau moderat seien. Er beleuchtete die umstrittenen Vereinheitlichungsbestrebungen von Produktstandards und merkte an, dass die Vorbehalte gegenüber den Produktstandards des jeweils anderen Wirtschaftsraums wenig faktengetrieben seien. Es gebe wichtige Beispiele für sinnvolle Vereinheitlichungen. Kritisch dagegen beurteilte Klodt das Investitionsschutzabkommen: Er zeigte auf, wie das im Rahmen von TTIP angestrebte Verfahren schon mehrfach von Unternehmen missbräuchlich angewandt wurde. Er wies aber gleichzeitig darauf hin, dass durch die Ratifizierung des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA), dem kanadisch-europäischen TTIP-Äquivalent, bereits eine Hintertür für Unternehmen geschaffen werde, missbräuchlich Staaten zu verklagen. In der Summe befürwortete der Referent TTIP, vor allem, weil die Verträge als Vorlage für Verhandlungen mit China dienen könnten und dort größere Wachstumseffekte zu erwarten seien.

Japan's Experience with Abenomics

Takeshi SHIRAKAMI, Chief Representative in Frankfurt, Bank of Japan, Frankfurt

China's Fiscal and Monetary Policy Challenges in the Face of Slowing Growth

Dr. Xuechun ZHANG, Chief Representative in Frankfurt, People's Bank of China, Frankfurt

Schlussworte

Prof. Dr. Gunther SCHNABL, ZIW und Universität Leipzig

Prof. Dr. Ulrich VOLZ, Universität Leipzig; School of Oriental and African Studies, Universität London; Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

Konflikte um monetäre, wirtschaftliche und politische Integration

In der dritten Session wurden die Konflikte monetärer Integration beleuchtet. Im Zentrum der Konflikte um die Europäische Währungsunion steht Griechenland. *Belke* stellte fest, dass die sogenannte Troika aus EZB, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Kommission ihre Ziele in Bezug auf die Stabilisierung Griechenlands verfehlt habe. Zwar seien die Löhne und Gehälter um 20 Prozent gefallen. Die erhofften Wachstumseffekte der internen Abwertung über Exportsteigerungen reichten hingegen nicht aus, um die negativen Wachstumsimpulse infolge der sogenannten Austeritätspolitik abzufedern. Grund hierfür sei der geringe Grad an Offenheit der griechischen Volkswirtschaft. Breche die Binnen Nachfrage in Folge der Austerität ein, könne der relativ kleine Exportsektor den Nachfrageeinbruch, anders als in einem anderen Programmland, Portugal, nicht kompensieren. Ein Ende der Austerität bedeute somit nicht automatisch die Rückkehr zu mehr Wachstum. *Belke* beleuchtete darüber hinaus, warum der vielfach beschworene Grexit wahrscheinlich nicht mehr als eine Nebelkerze darstellt. Die EZB habe keinen Anlass, Griechenland fallen zu lassen. Dafür stehen zu viele griechische Anleihen auf der EZB-Bilanz im „Feuer“. Griechenland habe keinen

Anreiz, die EZB zu verprellen, da diese die griechischen Banken mit Notfallliquidität am Leben erhält. So gehe der Fall Griechenland erst in einigen Jahren in seine entscheidende Phase, wenn Griechenland seine Kredite an den Europäischen Stabilisierungsmechanismus, also seine EU-Partner, zurückzahlen muss. Ein Zahlungsausfall Griechenlands würde vor allem auch seine Verbündeten im Kampf gegen die Austeritätspolitik, also Frankreich, Italien und Spanien, treffen. Wollte Griechenland dies wirklich?

Markus Taube referierte über Chinas Wechselkursstrategie, die er als merkantilistisch beschrieb. Er verwies auf die umfangreichen Wechselkursinterventionen gegenüber dem US-Dollar. Diese stünden zwar normalerweise im Zentrum der Aufmerksamkeit, seien aber nur eine von vielen Möglichkeiten, mit denen die Kommunistische Partei Chinas die Wirtschaft des Riesenreichs lenke. So würden politische Entscheidungsträger auf die Preise für Arbeit, Kapital und Land Einfluss nehmen, was Preisverzerrungen bei den Vorstufen der Endprodukte hervorrufe. Darüber hinaus seien die Zahlen der Statistikämter Chinas offensichtlich unglaubwürdig. Es gebe aber Indikatoren, mit deren Hilfe der Zustand der chinesischen Exportwirtschaft analysiert werden könne. Einer dieser Indikatoren sei die Höhe der Devisenreserven Chinas, die jüngst drastisch eingebrochen sind. Auch die Umkehr privater Kapitalströme könne Hinweise auf das Ausmaß der Krise in der chinesischen Exportwirtschaft geben.

Gudrun Wacker erläuterte die aufstrebende Rolle Chinas in der Weltpolitik. Während das Land in den 1990er Jahren noch isoliert gewesen sei, habe sich dies mit dem schnellen Wachstum und der damit verbundenen wirtschaftlichen Integration in Ostasien geändert. Insbesondere Chinas südostasiatische Nachbarstaaten des ASEAN-Verbundes¹ hätten einerseits stark von den florierenden Wirtschaftsbeziehungen mit China profitiert, seien

aber andererseits über Chinas politische Hegemonialbestrebungen in der Region besorgt. 2001 erfolgte der Eintritt Chinas in die WTO, um auch den globalen Handel zu fördern. Als einer der Gewinner der Globalisierung sowie als Ausrichter der Olympischen Spiele 2008 und Weltausstellung Expo 2010 habe China schrittweise ein neues Selbstbewusstsein erlangt. Dieses werde nun genutzt, um sich seinen „rechtmäßigen“ politischen Platz in der Weltgemeinschaft zu sichern. Wacker zeigte auf, dass dies insbesondere durch einen Fokus auf Süd-Süd-Beziehungen erreicht werden soll. Das bedeute, dass sich China durch Einflussnahme auf andere aufstrebende Länder in der Weltpolitik etablieren möchte. Dies geschehe häufig durch Infrastrukturprojekte wie etwa der „One Belt, One Road“-Initiative zur Wiederbelebung der Seidenstraße.

Schnabl diskutierte, ob der Renminbi den Dollar als Leitwährung ablösen könne. In den letzten Jahren habe insbesondere die amerikanische Regierung versucht, China zu einer Aufwertung des Renminbi zu bewegen, um amerikanische Exporte nach China zu vergünstigen und chinesische Exporte in die USA zu verteuern. China habe jedoch seine Währung an den Dollar gekoppelt, um Exporte, Wachstum und die unentwickelten Finanzmärkte zu stabilisieren. Diese Bindung des Renminbis an den Dollar sei eine Grundlage des schnellen Wachstums der chinesischen Wirtschaft und der Funktion Chinas als Wachstumsstütze für die Weltwirtschaft gewesen. Schnabl zeigte auch Chinas Dollarfalle auf: Die chinesische Bevölkerung habe eine sehr hohe Sparquote, welche die inländischen Investitionen übersteige. Daher werde Kapital ins Ausland exportiert. Die daraus resultierenden Auslandsvermögen unterlägen jedoch Währungsrisiken und würden bei einer Aufwertung des Renminbis entwertet. Deshalb sei nicht davon auszugehen, dass die chinesische Zentralbank die Kopplung an den Dollar kurzfristig aufgeben werde. Da die People's Bank of China die Geldmengeneff-

1 Verband Südostasiatischer Nationen, Association of Southeast Asian Nations.

fekte der wachsenden Devisenreserven aber aufwändig sterilisieren musste, hätte dies die chinesischen Finanzmärkte stark fragmentiert. Hingegen sei gerade die Liberalisierung der Finanzmärkte Voraussetzung für den Aufstieg einer Währung zu einer internationalen Leitwährung. Der Dollar werde dementsprechend noch länger die Weltleitwährung bleiben.

Wachsende politische, rechtliche und strategische Herausforderungen

Verena Blechinger-Talcott beleuchtete die aktuelle wirtschaftliche Situation Japans und leitete daraus politische Entwicklungen ab: Die Stagnation sei lang anhaltend und die Staatsverschuldung steige. Ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit habe nur durch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der damit einhergehenden Absenkung der realen Löhne vermieden werden können. Aufgrund dieser nicht zufriedenstellenden wirtschaftlichen Situation seien Auswirkungen auf die Politik zu erwarten. Jedoch habe sich dies bislang nicht in den japanischen Wahlergebnissen gezeigt. Die langjährige Regierungspartei LDP² dominiere weiterhin das politische Geschehen. Dies sei allerdings nur möglich, da die unzufriedenen Japaner zum großen Teil entschieden hätten, nicht wählen zu gehen. Zudem sei die Opposition am linken Rand des Parteienspektrums nicht gut organisiert. Es gebe daher bislang keine größeren politischen Auswirkungen aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation.

Ulrich Hufeld referierte über die Verfassungskämpfe, die im Zuge der europäischen Finanz- und Schuldenkrise aufgekommen sind. Politik werde zunehmend in Institutionen wie der EZB gemacht, welche darüber mitbestimmen könne, ob Länder wie Griechenland Hilfen erhalten oder nicht. Ob dies in ihrem Aufgabenfeld liegt, sei umstritten. Es sei die Frage, ob es demokratisch ist, wenn politisch unabhängige Institutionen entscheiden, ob Kri-

senländer unterstützt werden können. Hufeld beleuchtete weitergehend, ob Experten wie die Ökonomen in der EZB mehr Macht als Politiker haben sollen. Er machte klar, dass dies nicht nur eine Frage der Kompetenz sei.

Michael Hüther zeigte die möglichen Perspektiven für die deutsche Exportindustrie in der fortschreitenden Globalisierung auf. Mit Ausnahme des Jahres der Finanzkrise 2008 habe der globale Handel weiterhin an Bedeutung gewonnen. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten zeichneten den deutschen Handel einige Besonderheiten aus. Der Anteil der Industrie an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung sei bis 1995 zurückgegangen, wie dies auch in anderen Ländern der Fall war. Die Entwicklung zur Dienstleistungswirtschaft stagniere in Deutschland aber seither. Zunehmend sei die Entwicklung des Dienstleistungssektors an die Industrie geknüpft. Zum Beispiel führe der Export von Maschinen häufig dazu, dass eine Serviceleistung wie die Einrichtung und Wartung der Maschine entstehe. Für ein Land wie Deutschland, welches hauptsächlich PKWs, Maschinen und chemische Produkte exportiert, gelte dies im Besonderen. Die deutsche Wirtschaft müsse sich dieser Verzahnung bei der zukünftigen Positionierung auf dem Weltmarkt bewusst sein, wo sie in Konkurrenz zu „internationalen Werkbänken“ wie in Ostasien auftrete.

Takeshi Shirakami gab einen Einblick in die japanischen Erfahrungen mit „Abenomics“. Abenomics ist ein Kofferwort aus dem Namen des amtierenden japanischen Premierministers Shinzo Abe und ‚economics‘. Die japanische Wirtschaft sei geprägt von den „verlorenen“ letzten zwei Dekaden, in denen die Wirtschaft kaum gewachsen ist. Zur Belebung der Konjunktur habe die japanische Zentralbank zunächst den Leitzins auf null gesetzt, um die Kreditvergabe zu befördern. Da die Wirkung dieser Maßnahme nicht zufriedenstellend sei, wurden unkonventionelle

2 Liberaldemokratische Partei.

Maßnahmen wie der Ankauf von Vermögenswerten an den Finanzmärkten ergriffen. Ebenso wurden umfangreiche keynesianische Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht. Die Investitionen von Unternehmen hätten durch keine der Maßnahmen gesteigert werden können. Es sei also zudem notwendig, bei den Unternehmen nicht nur die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, sondern auch die Erwartungen an die Zukunft. Die von Abe angekündigten Strukturformen seien nicht im erhofften Maße auf den Weg gebracht worden. Die japanischen Erfahrungen könnten auch für die Europäische Union interessant sein, die sich in einer ähnlichen Situation befindet.

Xuechun Zhang referierte zu den konjunkturellen Perspektiven Chinas mit Blick auf das Ende des dortigen Investitionsbooms. Auch Chinas Wachstum verlangsamt sich – allerdings von einem deutlich höheren Niveau ausgehend. Die Referentin vertrat die Meinung, dass Chinas Wirtschaft die Finanzkrise vergleichsweise gut überstanden hat. Dazu beigetragen habe auch, dass die Regierung umfangreiche Projekte zur Stabilisierung der Wirtschaft wie keynesiani-

sche Nachfrageprogramme und geldpolitische Lockerung auf den Weg brachte. Diese Projekte, welche insbesondere die Infrastruktur verbessert hätten, führten aber auch zu Fehlallokationen. Eigentlich unprofitable Firmen und Geschäftszweige könnten so fortbestehen. Es seien strukturelle Reformen notwendig, damit sich diese Politiken nicht negativ auf das chinesische Wirtschaftswachstum auswirkten. Dies sei eine Herausforderung für die chinesische Regierung.

Der Vergleich der wirtschaftlichen Herausforderungen in Europa und Ostasien aus den Blickwinkeln unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen und Kulturkreise hat den erneut mehr als 100 Teilnehmern der 29. Tagung der Leipziger Weltwirtschaftskonferenz einen wichtigen Erkenntnisgewinn gebracht. Die Konferenz hat deutlich gemacht, dass mit den seit 2007/08 schwelenden Krisen sowohl in Europa als auch in Ostasien die wirtschaftlichen, politischen und strategischen Herausforderungen gewachsen sind. Sie war damit eine wichtige Grundlage, weiter über Strategien zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme in Europa und Ostasien nachzudenken.